

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 28.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro Spaltenzeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 13. Juli 1907.

Verlag: A. Rohrbach, Hannover, Münzstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
G. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von C. A. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Heute ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

## Streiks oder Aussperrungen

befolgen in Detmold, Langenberg, Hannover, Glangau und Sannau.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Hensburg, Erfurt, Berlin, Belten, Zegel, Sennigsdorf, Wismar, Sulgau, Niel, Eisenberg, Meißeln und Frankfurt a. M.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Ein Wort an Alle!

In mehr wie 133 000 Exemplaren geht jetzt der „Proletarier“ ins Land, und seine Bundesgenossen „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“ und die tapfere „Gleichheit“ begleiten ihn in mehr wie 6000 Exemplaren. In die Mietkassernen der Großstädte, wie in die Hütten der ländlichen Arbeiter und in die Massenquartiere der Ziegeleien, überallhin haben sie sich den Weg gebahnt, überall verkünden sie das Evangelium von der Erlösung des Arbeiters aus den Sklaventritten des Kapitals. Wo das gesprochene Wort nicht hinkommt — die Zeitung findet den Weg; wo die überzeugenden und begeisterten Ausführungen eines Redners ein Trüpplein Kämpfer geworben haben — die Zeitung sorgt, daß die Begeisterung nicht verfliegt, der Mut nicht erlahmt, das Gehörte nicht vergessen wird. Sie berichtet über die Kämpfe und Erfolge der Mitstreiter, informiert über das gesamte Wirtschaftsleben, gibt Rechenschaft über das Wirken des Verbandes, tadelt begangene Fehler, macht Vorschläge zur Besserung, kurz, sie sucht aus den neu gewonnenen Mitgliedern treue Mitkämpfer zu machen. Ihre Sprache ist nicht so warm, überzeugend, begeistert wie das Wort eines geschulten Redners, aber sie wirkt trotzdem nachhaltiger, weil sie nicht so flüchtig ist. Das gesprochene Wort ist ein stürmischer Liebhaber, der leicht sein Ziel gewinnt, aber leicht vergessen wird, — das geschriebene ist ein stiller, treuer, aber zäher Werber, der unermüdet ist und unverdrossen. Das geschriebene Wort richtet sich gar oft an das Gefühl, es überredet; das geschriebene appelliert an den Verstand, es überzeugt. Aber das geschriebene Wort kommt nur dort hin, wo das gesprochene vorangegangen ist, den Weg gebahnt, die Rekruten geworben hat. Und darum muß das Wort unermüdetlich tätig sein.

Nicht nur in den Versammlungen sollen wir werden und nicht nur ein Bruchteil der Kollegen darf tätig sein, — nein, alle, alle müssen mithelfen. Es scheint aber, als ob die glänzende Entwicklung des Verbandes im Vorjahre ein Abflauen der Agitation zur Folge gehabt hätte, als ob die Kollegen sich dem Wahn hingäben, daß wir auf den erregten Lorbeer ausruhen könnten, denn das Tempo der Entwicklung bleibt in diesem Jahre hinter dem des Vorjahres zurück. Das muß anders werden! Nicht einschläfern, nein, anspornen muß uns der Erfolg, und unseren Ehrgeiz müssen wir daran setzen, das Jahr 1906 durch das Jahr 1907 noch in den Schatten zu stellen. Das kann aber nicht erreicht werden durch Anstrengung weniger, sondern nur durch eifrige Mitarbeit aller Mitglieder.

Glänzende Erfolge haben uns die Lohnbewegungen der ersten 6 Monate dieses Jahres gebracht; jede Nummer des „Proletarier“ brachte zahlreiche Berichte darüber, und auch die Streiks, zu denen wir in vielen Orten gezwungen waren, haben überwiegend mit dem Siege unserer Kollegen geendet. Aber viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen schmachten noch in unwürdigen Arbeitsverhältnissen, unberührt von jeder Organisation, schuglos preisgegeben der Ausbeutung des Kapitals. Diese zu organisieren, ihnen mit Hilfe der Organisation bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, muß unser Bestreben sein. Es ist einfach eine Lebensfrage für unseren Verband, in jene dunklen Winkel zu leuchten, wo die Organisation noch unbekannt ist, denn die rücksichtslose Konkurrenz, die sich aufbaut auf jämmerlich niedrigen Löhnen, wird zur Gefahr für die organisierten Kollegen. Auf jene zurückgebliebenen Betriebe berufen sich die Unternehmer bei Lohnforderungen, und von dort holen sie sich die Arbeitswilligen bei Streiks. Darum müssen wir die Fahne der Organisation in alle Gegenden und in alle Betriebe tragen, müssen den letzten Arbeiter für den Verband zu gewinnen suchen. Wer da nicht mithilft, ist ein Tor, der seine eigenen Interessen mit Füßen tritt, ein energieloser Mülläcker, nimmermehr aber ein treuer Mitkämpfer und ein überzeugter Gewerkschaftler.

Wie war die Zeit günstiger zur Agitation wie jetzt. Die glänzenden Erfolge der Kollegen, von denen jede Nummer des „Proletarier“ Zeugnis ablegt, müssen doch selbst dem Abköchsten zeigen, daß der Arbeiter sein Heil in der Organisation suchen muß, wenn er sich einen größeren Anteil am Arbeitsertrage erringen will. Es gilt nur, die Nachzügler von

unseren Erfolgen hineinzutragen in die Massen der Unorganisierten, und da muß und kann jeder mithelfen, wenn er seine Verbandszeitung nicht nur selber eifrig liest, sondern sie auch noch zum Werben neuer Mitglieder benutzt.

Aber auch die jüngste Großtat neudeutscher Regierungskunst muß gewürdigt werden. Der einzige preussische Minister, der über den Durchschnitt hinausragte, der neben unermüdetlicher Arbeitskraft auch das Bestreben zeigte, alle Vorgänge im Wirtschaftsleben zu verstehen, anstatt mit erborgten Zitaten darüber hinwegzutänzeln, wurde durch höfliche Intrigen gestürzt und ein Polizeimeister, dessen Fähigkeiten niemand kennt, an dessen Stelle gesetzt. Der Sturz Posadowsky ist ein Beweis, daß man Leute, die über ein gewisses Maß von Verständnis gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter verfügen, nicht haben will, sondern nur solche, die sich am Blinden, großen Niederreiten beteiligen. Das ist für uns ein Grund mehr, uns nur auf die eigene Kraft zu verlassen, und wir müssen alle mithelfen, um das Heer der Indifferenten für uns zu gewinnen.

Ein Bruchteil der Kollegen und Kolleginnen müht sich ab in emsiger, unermüdetlicher Agitationstätigkeit, aber das Gros der Mitglieder sieht untätig zu; einzelne leisten fast übermenschliches, die Mehrzahl leistet nichts. Da gilt es den Hebel anzusetzen. Jeder muß einmal Einkehr halten bei sich selbst und prüfen, ob er bisher seine Pflicht getan hat. Und gar mancher wird dann erkennen, daß er nur tatenlos mitgelaufen ist, vielleicht auch die Vorteile, die der Verband errungen, eingestrichelt, aber im übrigen wenig oder nichts getan hat. Diese sollen an ihre Brust schlagen und ausrufen: Es soll anders werden!

Es gilt, die Gleichgültigen aufzurütteln, die Zweifelnden zu überzeugen und die Unwissenden zu belehren; das ist keine Aufgabe für wenige, da müssen viele, müssen alle mithelfen. Dann wird es aber auch nicht lange dauern und der „Proletarier“ kann jubelnd verkünden, daß er in 200 000 Exemplaren in die Lande zieht. Also auf zur Agitation!

## Die deutschen Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1906.

Während die organisierte Arbeiterschaft in dem von Jahr zu Jahr sich intensiver gestaltenden Kampfe mit dem Unternehmertum Millionenopfer zu bringen genötigt ist; während die Klassenstaatspolizei im Dienste des Unternehmertums mit kleinlichen Schikanen dem Wirken der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter ver-

sucht Einhalt zu tun, und die Mineure an der Koalitionsfreiheit im Schweiße ihres Angesichts sich abmühen, die Fundamente der gewerkschaftlichen Organisationen zu untergraben, vollzieht sich ganz geräuschlos und unbeirrt von dem allgemeineren Kesselstreben gegen die Gewerkschaften die Entwicklung der deutschen Arbeiter-Sekretariate. Für diese fast ausschließlich von der organisierten Arbeiterschaft errichteten und unterhaltenen Institutionen wächst in der erfreulichsten Weise nicht nur das Interesse des Industrie- und Handelsproletariats, sondern sie finden auch bereits volle Sympathie bis in bürgerliche Kreise hinein. Das gemeinnützige Wirken der Arbeiter-Sekretariate ist so oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten von Gewerbeaufsichtungsbeamten, Gewerbegerichten, Behörden und Sozialpolitikern in aufrichtig lobender Weise erwähnt worden, daß wir mit Berechtigung von allgemeiner Würdigung der Arbeiter-Sekretariate in diesen Kreisen sprechen können. Auch in den kommunalen und staatlichen Verwaltungskörperschaften ist das Wirken der Arbeiter-Sekretariate wiederholt Gegenstand der Förderung gewesen, indem die Vertreter der Arbeiter in den genannten Körperschaften auf die Gemeinnützigkeit dieser Institute hinwiesen und die Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Subvention derselben nachzuweisen suchten. Bei aller Anerkennung ihrer Tätigkeit haben aber die Sekretariate bisher nur in verhältnismäßig geringem Maße Unterstützung seitens der Kommunen resp. eines Staates gefunden. So lange eben die Arbeiterschaft ihre mit eigenen Mitteln unterhaltenen Institute dem Gemeinwohl dienlich macht, wird dieser Gemeinwohl auch von unseren fatten Bürgertum lobend anerkannt; wird aber von den Arbeitern verlangt, daß die Mittel zur Unterhaltung solcher, dem Gemeinwohl dienenden Institute auch von der Allgemeinheit getragen werden sollen, dann verwandeln sich die noch kurz vorher mit süßen Worten der Anerkennung gepriesenen Einrichtungen in den Augen bürgerlicher Volksvertreter in sozialdemokratische Unternehmungen, die im Interesse der Staatserhaltung natürlich nicht unterstützt und gefördert werden dürfen.

So wird denn auch in Zukunft die Erhaltung der Sekretariate Aufgabe der Organisationen der Arbeiter sein. Ein Bedürfnis für solche Institute ist natürlich in allen Orten vorhanden, in denen ein etwas reges gewerkschaftliches und politisches Leben pulsiert, aber die Mittel zur Unterhaltung derselben sind trotz aller Bescheidenheit und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft nur da aufzubringen, wo die Organisationen bereits eine gewisse Stärke erreicht haben.

In 70 Sekretariaten sind die Gewerkschaftskartelle finanziell beteiligt. Für 30 derselben werden besondere Beiträge nicht erhoben, sondern es werden die Ausgaben aus der Kasse des Kartells bezahlt. 40 Kartelle erheben besondere Sekretariatsbeiträge. Der Jahresbeitrag beträgt in

Sekretariate	11	6	7	1	9	1	1	3	1
Fleingige	120	104	80	70	60	52	42	40	28

Zur Unterhaltung trugen außerdem bei in 29 Orten die Parteiorganisationen, in 13 Orten die Redaktion des Parteiorgans oder sonstige Arbeiterunternehmungen. Die Sekretariate in Rattowitz und St. Johann werden ausschließlich von der Generalkommission unterhalten. Das Sekretariat in Wanz erhält Zuschuß von drei Kommunen, das Sekretariat Coburg ist keine gewerkschaftliche Einrichtung, sondern wird gemeinsam von Stadt und Staat Coburg unterhalten. Einen Staatszuschuß erhält auch das Sekretariat Göttingen, und zwar jährlich im Betrage von 2000 M.

### Die Frequenz der Sekretariate von 1901—1906.

Jahr	Zahl der an der Statistik beteiligten Sekretariate	Gesamtzahl der Auskunfts- und Rechtshilfesuchenden	Von den Auskunfts- und Hilfesuchenden waren Arbeitnehmer oder deren Angeh.		Von den auskunfts- und hilfesuchenden Personen waren gewerksch. organisiert		Von sämtlichen Auskunfts- und Rechtshilfesuchenden wohnten nicht am Orte des Sekretariats		Gesamtzahl der Fälle, in denen Auskunfts- und Rechtshilfe gewährt wurde.
			Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	
1901	29	167 363	90 715	54,2	74 655	44,6	34 324	20,5	173 548
1902	32	195 679	121 469	62,1	97 501	49,9	45 531	23,3	197 927
1903	36	200 575	123 624	61,6	106 787	53,2	45 156	22,5	205 906
1904	48	226 260	157 168	69,0	130 208	58,0	59 231	26,2	238 540
1905	67	233 767	262 111	92,0	160 264	59,0	73 555	25,9	295 374
1906	83	365 132	345 300	94,5	228 105	68,0	98 693	27,0	382 261
—	—	1 438 776	1 100 387	76,4	797 520	55,4	356 490	24,8	1 493 556

Ein gutes Zeichen des Fortschrittes auf gewerkschaftlichem Gebiete ist es jedenfalls, daß das Verhältnis der gewerkschaftlich organisierten zur Gesamtzahl der Auskunfts- und Rechtshilfesuchenden stets günstiger wird. 1901 waren nur 44,6 Prozent der Auskunfts- und Rechtshilfesuchenden gewerkschaftlich organisiert. Von Jahr zu Jahr ist der Prozentsatz der organisierten gewachsen, und beträgt derselbe im Jahre 1906 bereits 63,5 vom Hundert. Auffallend ist, daß 1901 nur 54,2 Prozent, 1906 dagegen 94,5 Prozent der Auskunfts- und Rechtshilfesuchenden als Arbeitnehmer verzeichnet sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den letzten beiden Jahren die Angehörigen der Arbeitnehmer ebenfalls in dieser Gruppe gezählt wurden, während vorher die meisten Sekretariate diese zu den „sonstigen Personen“ zählten.

Insgesamt wurden im Jahre 1906 in den Sekretariaten 91 969 Schriftsätze angefertigt, von denen 25 238 die Unfallversicherung, 3450 die Krankenversicherung, 1806 das Knappschaftsrecht, 3225 die Invalidenversicherung, 9104 den Arbeits- und Dienstvertrag und 650 die Gewerbeaufsicht betrafen.

Insgesamt sind in den Jahren 1901—1906 367 115 Schriftsätze angefertigt worden. Davon betrafen die Arbeiterversicherung 119 059 gleich 32,4 Prozent, den Arbeits- und Dienstvertrag 20 055 gleich 5,5 Prozent, die Gewerbeaufsicht 1757 gleich 0,5 Prozent, sonstige Sachen 209 170 gleich 57,0 Prozent.

Die im Jahre 1906 erteilten Auskünfte betrafen Arbeiterversicherung in 114 920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60 497 Fällen, Bürgerliches Recht in 112 426 Fällen, Strafrecht in 30 067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10 064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42 234 Fällen, Gewerbewesen und Privatversicherung in 5511 Fällen, Sonstiges in 6542 Fällen. Prozentual verteilen sich die Fälle der Auskunfterteilung folgendermaßen: Arbeiterversicherung 30,1 Proz., Bürgerliches Recht 29,4 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag 15,8 Prozent, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 11,0 Prozent, Strafrecht 7,9 Prozent, Arbeiterbewegung 2,6 Prozent, Gewerbewesen und Privatversicherung 1,4 Prozent und Sonstiges 1,8 Proz. Das Gebiet der Arbeiterversicherung steigt also wieder prozentual an erster Stelle, nun folgt erst an zweiter Stelle das umfangreiche Gebiet des

Bürgerlichen Rechts. Von dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung ist es wiederum die Unfallversicherung, die die Arbeiter-Sekretariate am meisten beschäftigt. Von den 114 920 Auskünften in Bezug auf Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 70 183, Krankenversicherung 20 361, Knappschaftswesen 3470, Invalidenversicherung 20 906. Auf die Unfallversicherung entfallen also 61,1 Prozent der Auskünfte in Bezug auf Arbeiterversicherung. Von den während der Jahre 1901 bis 1906 in Bezug auf Arbeiterversicherung erteilten 440 003 Auskünften kommen auf Unfallversicherung 260 025 = 59,1 Prozent, Invalidenversicherung 83 419 = 19,0 Prozent, Krankenversicherung 82 576 = 18,8 Prozent und Knappschaftswesen 11 724 = 2,7 Prozent. Aus obigen Zahlen ist ersichtlich, daß sich das Verhältnis immer mehr zugunsten der Unfallversicherung verschiebt. Während der Prozentsatz in der Gruppe Unfallversicherung sich in aufsteigender Linie bewegt, sehen wir bei Krankenversicherung und Invalidenversicherung den Prozentsatz geringer werden.

## Aus der chemischen Industrie.

### Die Todesgefahr der Sprengstoffarbeiter.

Die Katastrophen in chemischen Fabriken sind die Mahnungen, welche die Dinge in großen Buchstaben an die Menschen richten, das Zhrige zu tun, das gesündere Verhältnisse in den Betrieben geschaffen werden; Mahnungen an Staat und Kapitalisten, alles vorzusehen, was die Lohnsklaven der Fabriken schützen kann, und Mahnungen an die Arbeiter, unablässig für ihre Organisation tätig zu sein, deren Druck allein die Widerstrebenden und in der Gewinn- sucht Befangenen vorwärts treibt. Eine solche Mahnung mit grauenhaften Opfern ist wieder einmal das fürchterliche Explosionsunglück, das sich am 5. Juli in den Anlagen der

Sprengstoff-Mittelsgesellschaft Carbovit bei Schlebusch (Amtsgerichtsbezirk Dpladen, 4000 Einwohner) im Bergischen Lande ereignete. Die Carbovitfabrik liegt etwa 10 Minuten von dort im Riefernwald und umfaßt einen Flächenraum von ca. 300 Morgen.

Die bürgerlichen Blätter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes berichten über die Einzelheiten folgendes: Am 8. Juli nachmittags kurz vor 4 Uhr entstand in dem Gelatinemengenhäus der Sprengstoff - Aktien - Gesellschaft Carbovit eine folgenschwere Explosion, wodurch das Gelatinemengenhäus in die Luft gesprengt wurde. Die in dem Hause beschäftigten Arbeiter Jakob Heitscheid, Wüste, Adolf Kinkelberg und Wilhelm Forst wurden in Stücke gerissen. Die Ursache der Explosion konnte nicht festgestellt werden. Der Betrieb der Fabrik wird für etwa acht Tage ruhen. Von den Leichen der Verunglückten konnte zuerst nur eine geborgen werden; die übrigen Leichen lagen noch unter den brennenden Trümmern begraben. Gelatinerhaus und Mischmaschinenhaus sind vollständig verschwunden. Der Brand übertrug sich auch auf andere Teile der Fabrik, konnte aber dort gelöscht werden. Die Fenster der übrigen Gebäude sind dagegen fast alle zertrümmert. Die vier Verunglückten waren in dem Gelatinerhaus, in dem angeblich verhältnismäßig geringe Mengen von Explosionsstoffen lagerten, beschäftigt. Der Arbeiter Heitscheid, Vater von drei Kindern, wurde durch die Wucht der Explosion hinausgeschleudert und lag in der Nähe der zertrümmerten Gebäude tot am Boden. Die übrigen Arbeiter sind von den umherfliegenden Gebäudetrümmern zerrissen worden. Anfangs fand man ihre Glieder gar nicht. Auch diese Verunglückten sind verheiratet und hinterlassen zahlreiche Kinder. Der Arbeiter Adolf Kinkelberg war Vater von 9, Wüste Vater von 4 Kindern. Wilhelm Forst war seit etwa zwei Monaten verheiratet. Die übrigen Arbeiter der Fabrik waren in den anderen Fabrikanlagen beschäftigt. Die Detonation rief überall das größte Entsetzen hervor und da zuerst in der Bestürzung keiner wußte, wo die Explosion stattgefunden, glaubten alle, ihr Ende sei gekommen. Durch die umherfliegenden Glascherben wurden fünf Arbeiter am Kopfe verletzt. (Nachträglich ist diese Schönfärberei dahin korrigiert worden, daß 30 Personen verletzt worden seien, zwei davon so schwer, daß sie später starben!) Erst langsam erholten sich die fast Erstarrten und begannen sofort mit den Wäscharbeiten. Die Feuerwehr aus B.-Gladbach traf auch bald am Orte ein und den verbleibenden Verwundeten gelang es, den Brand in kurzer Zeit zu löschen. Von B.-Gladbach traf auch die Sanitätskolonne ein und leistete den Verletzten Hilfe. Erstarrte Szenen spielten sich ab, als die Frauen und Kinder nach den Verwundeten suchten. Einer der Verwundeten wurde in das Krankenhaus in Mülheim gebracht. Die Leichen der Verunglückten sind inzwischen geborgen worden. Sie sind sichtlich entsetzt. Die Glieder waren nach den verschiedensten Richtungen gestiegen. Eine Leiche war fast verbleibt. Auch ein mit Nitroglycerin gefüllter Wagen, der in der Nähe des Gelatinerhauses stand, explodierte einige Sekunden nach der ersten Detonation.

Über die in der Fabrik getroffenen Vorsichtsmaßnahmen weiß die bürgerliche Presse der Umgegend natürlich nach den Angaben der Fabrikleitung selbst vielerlei zu sagen. In dem Werke selbst sei das Isoliersystem in einer Weise durchgeführt, die von Fachmännern als „unvergleichlich“ bezeichnet werde und sich bei dem Unglück bewährt habe. Natürlich! Die Fabrik beschäftige etwa 400 Personen. In den einzelnen Produktionsströmen seien stets höchstens vier bis fünf Personen beschäftigt, und alle diese Räume seien von einander durch hohe, um einen Meter die Höhe der Häuser überragende Erdwälle getrennt. Die Erdwälle seien zudem mit dichtem Fuchswal und Röhren bepflanzt, die den Schuß der Umgebung noch bedeutend erhöhen. Die Verbindung der einzelnen Räume sei durch geschützte Windkanäle hergestellt. Ganz besonders seien die Sicherheits-Einrichtungen sei es zu verhindern, daß die Katastrophe keine größere (!) Ausdehnung annähme und nicht die ganze Fabrik in die Luft sprengen konnte, dann sei gerade in den gefährlichsten Räumen zum Löschen gekommen. Ob die Explosion zuerst im Gelatinerhaus oder im Menghaus entstand, lasse sich nicht feststellen, da beide Gebäude ganz verschwunden sind. In der Gelatinerung werde Acetonwasser aufgelöst. Diese Lösung, das flüssige gelatinierte Nitroglycerin, das an sich schon äußerst gefährlich sei, werde in verschlossenen Behältern durch die Tunneln in das Menghaus gebracht und hier mittels Mischmaschinen mit ungefählichen Stoffen vermischt zu einer festen Masse, dem fertigen Sprengstoff, der dann den Packhäusern zugeführt wird. Das Motorhaus befände sich, wieder eine Vorsichtsmaßnahme, außerhalb des Menghauses, so daß auch durch den Motorbrand ein Unglück nicht herbeigeführt werden könne. Das Gelatinerhaus, das Menghaus und das Motorhaus befänden sich im südlichen Teil der Anlagen. In einem der beiden ersten Gebäude sei die Explosion entstanden. Daß auch das zunächst gelegene Motorhaus vom hochgeschleuderten Feuer erfaßt wurde, sei nach Lage der Sache unvermeidlich gewesen. So habe das Feuer ein Carbovitlagerhaus ergriffen, was wiederum, weil Carbovit ein Sicherheits-Sprengstoff sei, ohne Explosion ausbrannte. Die Dynamitmine und Lagerhalle seien sofort vom Menghaus entfernt gelegen, doch dank der hohen Wälle ein Ueberströmen des Explosionsfeuers unmöglich gewesen sei. Am Tag nach der Katastrophe war eine Gerichtscommission an der Unglücksstelle, ebenso der ständige Gewerkschaftsbeamte, Gewerbeamt Dr. Schmidt aus Solingen. Gegenüber allen anders lautenden Meldungen wird auf Grund sachverständiger Informationen selbst von der bürgerlichen Unternehmerpresse festgestellt, daß eine Schuld der verunglückten Arbeiter nicht nachweisen läßt, für die Annahme, sie seien unvorsichtig gewesen, auch kein berechtigter Grund vorhanden ist.

Trägt also überhaupt jemand eine Schuld, und wird die Untersuchung wieder einmal mit der bekannten Wendung angehen: „Nichts nachzuweisen, unglücklicher Zufall“? Auch nicht, wenn man die alten Akten des Unglücks vor 5 Jahren nachschaut, bei dem in derselben Fabrik zwei Arbeiter ihr Leben verloren?

Über alles dies kann man zu lernen, müßten wir die Lage und die Arbeitsbedingungen unserer Kollegen in den

Sprengstofffabriken besser kennen, als es bisher möglich war. Aus den staatlichen Pulverfabriken in Hanau und Spandau sind gelegentlich Klagen der Arbeiter in die Öffentlichkeit gelangt und von der Sozialdemokratie im Reichstage zur Sprache gebracht worden. Die Arbeiter der großen privaten Sprengstofffabriken dagegen haben sich fast nicht gerührt. Sie, die durch die ohnedies isolierte Lage ihrer Arbeitsstätte doppelt verlangen nach Anschluss an Kollegenkreise haben sollten, leben meist dumpf und stumpf dahin. Dann und wann bezahlen einige von ihnen ihre Gleichgültigkeit mit dem Leben, wie die vier neuesten Opfer von Schlebusch, die 20 Familienmitglieder im Glend hinterlassen. Die oben gegebene Darstellung des Sachverhalts, wie sie sofort diensteifflig in der bürgerlichen Presse verbreitet wird und nicht zu kontrollieren ist, gilt als die reine und laute Wahrheit. Dann ist wieder alles ruhig und gut und es geht in alten gewohnten Gleise weiter. Auch das nächstmal hört man nichts davon, daß die Beschäftigten ihr Wissen von der Sache veröffentlichen, oder daß Fabrikdirektoren oder Aktionäre das Risiko des Sprengstoffbetriebs mit ihrem Leben bezahlt hätten. Immer sind es nur die Arbeiter, die auf diese Weise ihren Beitrag zur Blüte der Industrie liefern und dann schweigen. Die anderen sitzen im Stillen und reden in der Presse und bei den Behörden. Mit den gestöckten Arbeitern sind ja immer auch die Einzigen verschwunden, die genau davon sprechen könnten, wie es kam und wie es anders gemacht werden sollte.\*

Die Unternehmung ist außerdem durch Versicherung gedeckt und setzt ihren Betrieb ruhig und ungehindert fort. Nur das Vordringen der Gewerkschaft kann hier Wandel schaffen. Sie ergreift die Arbeiter zur Kritik und löst die Jungen der Kollegen, die von der Katastrophe verschont wurden. Diese können manches aus dem Betriebe berichten und Aufsichtsbehörden wie Organisation zeitig auf drohende Gefahren aufmerksam machen. Der unorganisierte Arbeiter aber trachtet jahraus, jahrein gedankenlos in die todesgefährlichen Betriebe, wird, wenn er auf dem schrecklichen Felde der Arbeit bleibt, wie seinesgleichen erlegt, und der chemische Kapitalismus verschlingt so eine Arbeitergeneration nach der andern, während seine Nutznießer weit entfernt von der Gefahr alles Glück hoher und höchster Einkünfte genießen.

#### Achtung vor Bindungsvergiftung mit Superphosphat!

Mindestens ebenso bedächtig wie für chemische Arbeiter wie für den nachwachsenden Landwirt ist die Entscheidung in Unfallsachen, die wir nachstehend mitteilen. Ein Landwirt, der auf seinem Acker ein kleines Geiswurz hatte, erkrankte nach dem Streuen seines Feldes mit Superphosphat und Thomasmehl an Steifigkeit am Nacken, Kopfschmerzen, Abgeschlagenheit in allen Gliedern und hohem Fieber. Nacken und Hals schwellen unvorstellbar an, es wurde eine Operation ausgeführt, die jedoch nicht ins Auge fiel, die Blutergüsse aufzuheben. Der Landwirt starb vielmehr acht Tage nach dem Streuen des Düngermittels. Sowohl die landwirtschaftliche Berufsorganisation wie das Schiedsgericht lehnten zunächst die beantragte Rente ab, indem sie den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Todesfall und der landwirtschaftlichen Beschäftigung in Abrede stellten. Das Reichsversicherungsamt, an welches nunmehr die Streitfrage gelangte, ließ sich von dem bekannten Toxikologen Professor Lewin ein Gutachten erstatten. In diesem wurde die Frage bejaht, daß die zum Ausstreuen gebrauchte Mischung des Thomasmehls und Ammoniaksuperphosphats im Verhältnis von 20 Zentner Thomasmehl und 6 1/2 Zentner Ammoniaksuperphosphat geeignet sei, durch Verunreinigung der Wunde mit Blutergüssen herbeizuführen. Ammoniaksuperphosphat ist kein gleichgültiger Stoff, da er im getrockneten Zustand sich im Verhältnis von 1:3 Thomasmehl befindet. Daß das Thomasmehlschlackenmehl kein gleichgültiger Stoff ist, ergibt sich daraus, daß in Thomasmehlschlackenmehl außerordentlich viel Erkrankungen und auch Todesfälle bei den Arbeitern vorkommen. Wenn nun auch das gestreute Düngermittel an der gefundenen Haut keine Einwirkung macht, so verhält sich dies doch anders bei der kranken Haut. Hier wirkt es reizend, erzeugt Jucken und bei dem Kratzen werden giftige Keime in die Wunde hineingerieben, sei es, daß diese sich an den Händen des Landwirtes befinden, sei es, daß das Thomasmehl Gelegenheit hatte, Bazillen aufzunehmen. Auf dieses Gutachten hin erklärte sich die Berufsorganisation zur Zahlung einer Rente bereit, ohne erst den Spruch des Reichsversicherungsamtes abzuwarten.

#### Ein deutsches Leinwandfabrik.

Zu der letzten Generalversammlung der Mittelsgesellschaft für chemische Produkte vorm. H. Schiedemanndel, Berlin, wurde mitgeteilt, daß das Zustandekommen des Leinwandfabrikats Anfang Juli zu erwarten sei. Der 7. Juni ist herbeigekommen, da eine maßgebende Persönlichkeit im Komitee erkrankt gewesen ist und erst in einigen Wochen wieder arbeitsfähig sein wird. Der Termin ist nunmehr auf spätestens 1. Oktober d. J. festgesetzt. Die bisherigen Verhandlungen lieferten „günstige Resultate“. Es stehen nur noch drei bis vier Fabriken aus, deren Bearbeitung etwas schwieriger wurde und der jetzigen Persönlichkeit vorbehalten war. Das Zustandekommen des Syndikats werde mit Sicherheit erwartet, selbst wenn die eine oder andere aufstrebende Fabrik nicht beitreten sollte. Der bisherige Geschäftsgang der Gesellschaft sei recht günstig gewesen. Die ersten sechs Monate des laufenden Geschäftsjahres, also bis Ende März, ergaben einen Fabrikationsgewinn, der wesentlich höher, als der des ganzen Vorjahres ist. Wo wieder eine geschlossene Gruppe deutscher chemischer Kapitalisten mehr, die ganz ungenügend davon berichtet, wie sie Richtungsfindung „bearbeitet“, während dieselben Unternehmer das „Bearbeiten“ nicht-organisierten Proletariats durch ihre organisierten Kollegen als „Hehe“ und „Parteiorganisation“ zu bezeichnen sich herausnehmen.

#### Die Kirche gegen die chemischen Arbeiter.

Im untern Kreise Solingen, der Bürgermeisterei Kupperberg, zu der die Bayerischen Farbwerke in Levertalen gehören, hatte seit Jahresfrist der katholische Kaplan Effer von der Pfarrei Wiesdorf die christliche Organisation und die Zentrumsparterie unter den chemischen Arbeitern zu verbreiten begonnen. Unsere Kameraden aber waren auch nicht träge und benutzten die Borsarbeit des katholischen Priesters, um die Farbwerke weiter aufzuklären. Ritten in diese beiderseitige Agitation fiel die letzte Reichstagswahl. Um für das Zentrum zu stimmen, was zu retten war, hielt Kaplan Effer noch am Tage vor der Wahl, am 24. Januar, eine Parteimittelwählerversammlung ab, in der er deutlicher als bis dahin das Uebel der vom Kapital abhängigen Arbeiterschaft. Ein liberales Flugblatt mit der Überschrift: „Jedem sein Recht, dem Rechtigen die Bahn frei!“ gab ihm Anlaß, zu zeigen, wie es die liberalen Herren von den Levertaler Farbwerken mit dem Recht und der Wahrheit meinen. Es war eine echte und rasche Wahrrede, bestimmt, der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber freilich, die „liberalen“ Herren von den Bayerischen Farbwerken kamen nicht gerade glimpflich dabei weg. Das konnten sie sich nicht gefallen lassen. Sie wandten sich an den Kardinal-Erzbischof Fischer in Köln mit dem Ersuchen, den Kaplan Effer in dem Interesse des Friedens der Gemeinde aus Wies-

\* Auch gegen die Roburgesellschaft in Witten ist jetzt in der Entscheidungssache vom dem Landgericht Witten wegen der Explosion in Witten am 11. Juli festgestellt, daß die hauptsächlich Sprengstoffe verarbeitet und aufbewahrt, für die sie eine Genehmigung nicht besaß. Das wurde seinerzeit in der bürgerlichen Presse von der Gesellschaft leibhaftig bestritten!

dorf fortzunehmen. Man spricht von folgendem Telegramm: an den Kölner Erzbischof: „Kaplan hegt das Volk auf, Aufruhr ist groß, bitte meinen Direktor zu empfangen.“ Fontanarum, Besitzer der chemischen Fabrik Wärselen und der Straße Nordstern.“ Und Seine Eminenz tat den liberalen Herren sein Gefallen, den ihnen unbedeutenden Kaplan zur Rechenschaft zu ziehen! Die Nachricht von seiner bevorstehenden Verlegung brachte die ganze Gemeinde in Aufruhr. Alle katholischen Korporationen wetteiferten in demütigen Bittgesuchen an die Kölner Erzbischof, ihnen den unfruchtlichen Mann zu lassen. Effer selbst erklärte dem Kardinal, er habe mit seiner Wahlrede lediglich beabsichtigt, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun und denke gar nicht daran, den „Friesen“ wozülfen Unternehmern und Arbeitern zu stören. Der Erfolg war: Kaplan Effer durfte bleiben. Allein die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Immer deutlicher gewann der Kaplan die Ueberzeugung: Will man die Herrschaft der katholischen Kirche im Industriegebiet des untern Kreises Solingen aufrecht erhalten, dann darf man die Arbeiter nicht der brutalen Willkür des Unternehmertums überlassen. Mit verdoppeltem Eifer legte er seine Arbeit nach den Wahlen fort. Allmonatlich, bald hier, bald dort fanden Versammlungen des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Kein Zweifel: Schließlich mußte es dahin kommen, daß die Arbeiter der Bayerischen Farbwerke sich ihrer Klassenlage bewußt wurden und, wenn auch unter katholischer Schutzhülle, dem Klassenkampf entgegenzutraten. Die Verwaltung der Farbwerke konnte sich über diesen Entwicklungsgang kein Wort im Unklaren befinden. Uebermal, so muß man annehmen, beschwerte sie sich bei dem Kardinal über den unruhigen Kaplan. Und diesmal mit Erfolg! Am Samstag verbreitete sich die Nachricht durch die Gemeinde, daß Kaplan Effer in vierzehn Tagen seinen Wirkungskreis verlassen werde, um in Eufirchen ein dem Unternehmertum ungefährlisches Amt zu übernehmen. Alle Gesuche aus der Gemeinde heraus haben nichts genützt. Die Intervention des Abgeordneten Trimborn beim Kardinal Fischer anlässlich der ersten Besuche der Farbwerke war umsonst. Ein von einer Versammlung des katholischen Volksvereins an den Kardinal abgeandtes Telegramm ersucht, Effer wenigstens noch ein Jahr in Wiesdorf zu belassen, andernfalls sei das ganze Vereinsleben des Ortes in seiner Existenz bedroht. Das wird den Leuten nichts helfen! Effer muß gehen, das Unternehmertum triumphiert. Die katholische Kirche hat sich in seinem Dienste gestellt, die alleinige Justiz aller Ausgebeuteten und Rechtlosen ist und bleibt die freie Gewerkschaftsorganisation!

#### Der deutsche Ansehhandel mit chemischen Produkten

ist fortgesetzt in höchster Blüte und in einem Anstiege begriffen, der selbst die vorjährigen Ziffern übersteigt. Es betrug nämlich im März bis Mai bei chemischen Produkten, Farben und Farbstoffen

	die Einfuhr	die Ausfuhr
1906:	441 780 Tonnen	508 056 Tonnen
1907:	497 730 "	639 556 "

1907: + 55 950 " + 133 529 "

Die deutsche chemische Ausfuhr umfaßt fast ausschließlich Rohmaterialien, die Ausfuhr fertige Produkte. Die letztere als die lohnendste ist beinahe märchenhaft weitergestiegen, um mehr als 20 Prozent. Dabei weiß man, daß die Preise durch das Kartellwesen sehr gut geregelt sind, es müßte denn sein, daß unsere Herren Kapitalisten das Inland gebrandschatzt und nach dem Ausland verschleudert haben. Selbst dann hätten sie aber für den deutschen Innenmarkt ihre Lage verärgert. Können die chemischen Arbeiter auf eine gleiche Stärkung ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkte hinwirken? ...

**Wremen.** Daß die Lage der chemischen Arbeiter in allen Betrieben, wo die Organisation noch nicht eintreten konnte, eine gleich traurige ist, bestätigen wiederum die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter der chemischen Fabrik von Dr. Henkel in Blumenthal fronden. In diesem Betriebe, wo zirka 70 Arbeiter beschäftigt sind, wird Tag und Nacht gearbeitet, Schichtwechsel ist alle 14 Tage. Arbeiter, die in der Fabrik beschäftigt sind, erhalten Stundenlöhne von 35 bis 40 Pf., aber nicht etwa für die volle Schicht, also zwölf Stunden, sondern nur 10 1/2 Stunden für die Tagsschicht und 11 1/2 Stunden für die Nachtschicht kommen zur Auszahlung.

Noch schlechter sind die Verhältnisse für die Hofkolonne, diese Leute müssen 11 1/2 Stunden arbeiten, bekommen jedoch nur 3,50 Mk. pro Tag. Bahneinrichtungen sind gar nicht vorhanden, auch ist das Trinkwasser kaum genießbar, und zeitweise ist es nicht einmal möglich, etwas zu erhalten, denn es ist nur ein Brunnen angelegt, und wenn die Maschine, die das nötige Wasser für den Betrieb liefern muß, in Tätigkeit ist, ist der Brunnen für die Entnahme von Trinkwasser stundenlang gesperrt. Damit die Arbeiter, welche bei der hohen Temperatur, die im Betriebe herrscht, sehr häufig ihren Durst stillen müssen, auch Erfrischung für das fehlende oder ungenießbare Wasser haben, wurde eine Kantine eingerichtet. Aus dieser Kantine, die von der Frau Meisterin verwaltet wird, können die Leute nicht etwa als Erfrischung das schlechte Trinkwasser kaffee oder Mineralwasser zu billigen Preisen beziehen, nein beides nicht, denn daran könnte man ja nicht viel verdienen, hier gibt es dort nur, und zwar 1/2 Literflasche für 15 Pf. In der meisten Bierhallen erhält man einen halben Liter Bier für 15 Pf., und wenn man bedenkt, daß ein Wirt doch von seinem Umsatz leben muß und dazu noch die Geschäftskosten zu tragen hat, dann kann man sich ein Bild davon machen, daß die Frau Meisterin eine ganz erkleckliche Einnahme hat, werden doch täglich 100 und noch mehr Flaschen in der Kantine umgesetzt. Ein Arbeiter mußte kürzlich sein Arbeitsverhältnis lösen, weil es ihm nicht möglich war, mit dem was er von seinem Gelde übrig hatte, seine Familie ernähren zu können, denn fast die Hälfte wurde ihm abgezogen für Bier.

Da wird es hohe Zeit, daß die Arbeiter durch Anschluß an die Organisation die Vorbedingung für die Beseitigung solcher unsozialer Einrichtungen schaffen.

**Kassel.** Zu den gedrücktesten Lohnslaven zählen unstreitig die Arbeiter in der chemischen Industrie. Die Firma Rosenzweig u. Baumann hier macht davon keine Ausnahme. Der Herr Kommerzienrat Rosenzweig, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes, kümmert sich zwar wenig um die Arbeiter, dafür besteht aber ein so großer Stab von Kontorpersonal, daß auf jeden Arbeiter fast zwei Beamte kommen. Der Anfangslohn beträgt 17 Mk., steigend jährlich um 50 Pf. pro Woche. Als besondere Wohlthat gilt die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage. Drei Reisende laufen in der Welt herum und Herr Rosenzweig erhält sich in Italien; dies alles bringen 25 bis 28 Arbeiter auf. Für die Organisation waren die selben bisher nicht zu gewinnen, einzelnen ist die Schnapsflasche lieber als ein Verbandsbuch. So leben die Vermittler dahin, während für Herrn Rosenzweig Dreck zu Gold wird. Wichtig steht es bei den Arbeitern der Farbenfabrik von U r b a n u. K o m p. Die Arbeiter kommen größtenteils vom Lande. Des Montags kommen sie an mit einem Rucksack voll Kartoffeln, mit etwas Fett und Käse und einem Laib Brot. Nachtlager gibt es in der Fabrik. Verdient werden 15 bis 18 Mk. pro Woche. Im Frühjahr waren noch geringere Löhne zu verzeichnen; es wurden dann ein paar Pfennige zugelegt, weil die Firma glaubte, der Verband sei dahinter. Trotzdem können sich die Arbeiter nicht entschließen, sich einen festeren Rückhalt in der Organisation zu schaffen. Goffentlich können wir bald besseres berichten.

#### Aus der Papierindustrie.

**Aus dem Bericht der Papiermachergenossenschaft (Seltion Sachse).**  
Die Zahl der in sächsischen Papierfabriken beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1906 durchschnittlich 18 781 gegen 18 079 im Vorjahre; hat sich also um 702 Beschäftigte vermehrt. An Löhnen wurden verausgabt: 15 191 768 Mk. gegen 14 007 646 Mk. im Jahre 1905. Der durchschnittliche Jahreslohn stieg von 775 Mk. im Jahre 1905 auf 808 Mk. Das ist eine Steigerung von sage und schreibe 4 1/4 Prozent, also bei weitem kein Ausgleich für die außerordentliche Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel im vergangenen Jahre. Diese Steigerung ist aber nicht in vollem Umfange auf Erhöhung der Löhne zurückzuführen; vielmehr haben die einzelnen Arbeiter infolge der günstigen Konjunktur Ueberstunden und Sonntagsarbeit in größerem Umfange leisten müssen, denn der Bericht der Unfall-Versicherungsgesellschaft beweist, daß auf den einzelnen Arbeiter



